

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des **Amtsausschusses Amt Mittleres Nordfriesland** am Montag, dem 25.04.2016, 20:10 Uhr, in Bredstedt, **Amtsverwaltung, Theodor-Storm-Str. 2, Sitzungssaal Nr. 304 im 2. OG**

Beginn: 20:10 Uhr

Ende: 23:13 Uhr

Anwesend:

Amtsvorsteher

Hans-Jakob Paulsen

Bürgermeisterin

Antje Hansen
Waltraud Schnoewitz

Bürgermeister

Dirk Albrecht
Heinrich Bahnsen
Ernst-Peter Carstensen
Christian Christiansen
Reiner Hansen
Knut Jessen
Peter Jessen
Manfred Peters
Andreas Petersen
Horst Petersen
Peter Reinhold Petersen
Werner Sutter
Hans Günter Thordsen
Peter Tücksen

ohne Stimmrecht

Gemeindevertreterin

Annelie Bahnsen
Doris-Magdalene
Carstensen
Sigrid Nissen

Gemeindevertreter

Uwe Bahr
Tim Friedrichsen
Claus Lass

Johannes Lorenzen

Erich Scholz

in Vertretung für Bernhard Schweger
in Vertretung für Claudia Weinbrandt
in Vertretung für Diedrich Sönksen

Stadtvertreterin

Johanna Christiansen

Stadtvertreter

Werner Nicolaisen
Björn Schlichting

Protokollführer

Dr. Bernd Meyer

Gleichstellungsbeauftragte

Christine Friedrichsen

Personalrat

Levke Bahnsen

von der Verwaltung

Felix Middendorf
Claudia Pastewka
Lars Schwerdtfeger

Schwerbehindertenvertretung

Sinje Cosmos

Nicht anwesend:

Bürgermeisterin

Claudia Weinbrandt

Bürgermeister

Diedrich Sönksen
Bernd Wolf

Gemeindevertreter

Holger Arff
Bernhard Schweger
Hermann Weber

Stadtvertreter

Dr. Edgar Techow

Die Tagesordnung gliedert sich nunmehr wie folgt:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2015
- 4 Bericht des Amtsvorstehers
- 5 Bericht der Verwaltung
- 6 Bericht und Beschlussfassungen zu Empfehlungen aus den Ausschüssen
- 6.1 Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise zur Erstellung der Jahresabschlüsse
Vorlage: 940/139/2016
- 6.2 Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung an der Breitbandnetzgesellschaft (BNG)
Vorlage: 940/137/2016
- 6.3 Beratung und Beschlussfassung über die Kooperation mit dem Amt Südtondern für einen flächendeckenden Breitbandausbau
Vorlage: 940/138/2016
- 6.4 Anschaffung von Stehleuchten für das Sozialzentrum
- 6.5 Beschlussfassung über den Antrag der Amtswehrführung auf finanzielle Unterstützung
Vorlage: 940/141/2016
- 7 Beratung und Beschlussfassung über eine Förderung des Infoblatts »Dit un Dat ut de Region«
Vorlage: 940/142/2016
- 8 Mitteilungen/Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Information zum aktuellen Stand des flächendeckenden Breitbandausbaus
Vorlage: 940/140/2016
- 10 Personalangelegenheiten
- 10.1 Amt für Ordnungs-, Melde und Personenstandswesen
Vorlage: 940/143/2016
- 10.2 Team Integration
Vorlage: 940/144/2016

Sitzungsverlauf:

| |
|--|
| Zu Punkt 1 der TO: (Eröffnung und Begrüßung) |
|--|

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen begrüßt alle Anwesenden sehr herzlich zur ersten Sitzung des Amtsausschusses im Jahre 2016.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und LVB Dr. Bernd Meyer wird mit der Protokollführung beauftragt.

Der Amtsvorsteher stellt den Antrag, die Tagesordnung wie folgt zu ändern bzw. zu ergänzen:

- a) der Tagesordnungspunkt 7 »Beratung und Beschlussfassung über eine Förderung des Infoblattes 'Dit un Dat ut de Region'« wird hinzugefügt,
- b) die dann neuen Tagesordnungspunkte 9 »Information zum aktuellen Stand des flächendeckenden Breitbandausbaus« und 10 »Personalangelegenheiten« werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Die Mitglieder des Amtsausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 2 der TO:
(Einwohnerfragestunde)

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 3 der TO:
(Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2015)

Die Niederschrift vom 12.10.2015 wird bei fünf Enthaltungen angenommen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 5

Zu Punkt 4 der TO:
(Bericht des Amtsvorstehers)

Krankenhaussituation im Kreis Nordfriesland

Der Amtsvorsteher Herr Hans-Jakob Paulsen erklärt, dass sich der Gemeindetag [SHGT-NF] ausführlich mit der Krankenhaussituation im Kreis beschäftigt hat.

Das Gutachten der Beratungsfirma BDO sieht vor, dass sich für die Klinikstandorte in Husum und Niebüll zunächst keine wesentlichen Veränderungen ergeben werden. Der Standort in Tönning soll dagegen geschlossen werden. Hier soll stattdessen ein s.g. Medizinisches Versorgungszentrum [MVZ] die ärztliche Versorgung sicherstellen. Ferner wird dargestellt, dass ein wirtschaftlicher Betrieb des Klinikums Nordfriesland im Falle der Beibehaltung der verbleibenden Klinikstandorte langfristig nicht darstellbar ist. Nur die Errichtung eines zentral gelegenen Klinikneubaus scheint den wirtschaftlichen Betrieb dauerhaft sichern zu können.

Angesichts der regional recht unterschiedlichen Interessenlagen ist es dem SHGT-NF nicht gelungen, ein einheitliches Votum in Richtung des in Kürze über das weitere Vorgehen entscheidenden Kreistags abzugeben.

Erhöhung der Kreisumlage

Die meisten nordfriesischen Gemeinden haben sich der vom Gemeindetag formulierten Stellungnahme zur geplanten Erhöhung der Kreisumlage um 2,5 Prozent angeschlossen.

Darin haben sie ausdrücklich erklärt, eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,17 Prozent mittragen zu wollen. Im Vorfeld hatte die Kreisverwaltung eine Reihe von Kürzungsvorschlägen präsentiert, um so ihre Ausgaben zu reduzieren. Im Sinne einer ausge-

wogenen, kreisweiten Entwicklung und einer ausgleichenden Wirkung zwischen finanzärmeren und -stärkeren Gemeinden hatte der SHGT angeregt, im Gegenzug für den Verzicht auf einzelne Streichungsvorhaben eine moderate und angemessene Erhöhung der Kreisumlage mitzutragen.

Eine darüber hinausgehende Erhöhung der Kreisumlage wird abgelehnt. Angesichts der deutlich verbesserten Haushaltslage des Kreises, die sich nicht zuletzt in einer Abweichung zwischen Haushaltsansatz und Jahresergebnis um mehr als acht Mio. Euro zeigt, erscheint die von der Kreisverwaltung vorgeschlagene Anhebung um 2,5 Prozent als nicht angemessen.

Flüchtlinge/ Asylsuchende

Der Amtsvorsteher führt aus, dass in den ersten Monaten des Jahres deutlich weniger Menschen in die Region Mittleres Nordfriesland gekommen sind als in den Vormonaten.

Es ist aber damit zu rechnen, so auch der Landrat in der Kommunalen Verwaltungsliterrunde am 12.04.16, dass die Anzahl der nach Nordfriesland kommenden Flüchtlinge/ Asylsuchenden in den kommenden Wochen vss. wieder ansteigen wird.

Es ist wichtig, dass das Team Integration mit sehr viel Augenmaß darauf achtet, eine auskömmliche Anzahl freier und kurzfristig verfügbarer Wohnungen vorzuhalten, allzu große Leerstände aber zu vermeiden. Die angemessenen Mieten werden nur dann vom Sozialzentrum erstattet, wenn die angemieteten Wohnungen auch tatsächlich von Flüchtlingen/ Asylsuchenden bewohnt werden.

Windkraft

Ein vom Land präsentiertes Gutachten zu den s.g. »Charakteristischen Landschaftsräumen« sorgt in der Region derzeit für erhebliche Unruhe. Offenkundig werden die Kriterien, die zu einer Klassifizierung als »Charakteristischer Landschaftsraum« führen, zwischenzeitlich deutlich weiter gefasst. So gelten jetzt auch Bereiche als »charakteristisch« – insbesondere auch in Richtung des Geestrückens –, die bisher nicht als solche klassifiziert wurden.

Für zusätzliche Unruhe sorgen die Überlegungen des Kreises, die bisherigen »Charakteristischen Landschaftsräume« in »Landschaftsschutzgebiete« umzuwandeln und die Flächen somit dauerhaft von der Windkraftnutzung auszunehmen.

Der Amtsvorsteher verweist darauf, dass die Gemeinden bis Ende Mai die Gelegenheit haben, eine Stellungnahme zu den die neuen Potentialflächen abbildenden Karten abzugeben. Hierbei ergibt sich nach den dem Amt vorliegenden Informationen keine Befangenheit der beteiligten Gemeindevertreter(innen). Nach den bis dato bereits bekannten Plänen des Landes kommen den Gemeinden zukünftig nur noch sehr begrenzte Möglichkeiten bei der Entwicklung der Vorrangflächen zu.

| |
|---|
| <p>Zu Punkt 5 der TO: (Bericht der Verwaltung)</p> |
|---|

Sozialzentrum Mittleres Nordfriesland

Der Leitende Verwaltungsbeamte berichtet über die Ankündigung des Landrates Herrn Harrsen, die Verträge mit den Trägern der Sozialzentren kündigen zu wollen.

Diese Ankündigung hat die Dienststellen- und Amtsleitung vollkommen unvermittelt getroffen, da die Zusammenarbeit zwischen den Kolleg(inn)en des Sozialzentrums Mittleres Nordfriesland, den vom Kreis eingesetzten Regionalleitungen und den Kolleg(inn)en des Fachbereiches Arbeit beim Kreis Nordfriesland in den vergangenen Jahren reibungslos und vertrauensvoll verlaufen ist.

Mit großem Engagement und hoher Verantwortung für die gesamte »Option Nordfriesland« haben die SZ-Kolleg(inn)en regelmäßig auch neben dem s.g. Tagesgeschäft mit eigenen Vorschlägen und Optimierungsansätzen zum Erfolg des Jobcenters Nordfriesland beigetragen.

Derzeit befindet sich das Amt im Austausch mit dem Landrat und auch mit den übrigen Trägern der Sozialzentren, um zu einer konstruktiven Lösung der augenblicklich noch 'festgefahren' wirkenden Situation beizutragen. Hierbei erwartet das Amt, dass sowohl auf Seiten der Träger aber auch auf Seiten des Kreises das eigene Handeln kritisch reflektiert wird und auf dieser Grundlage das Verbindende in den Vordergrund der Problemlösung gerückt wird.

Das Amt ist sich sicher, dass eine über mehr als elf Jahre bewährte Zusammenarbeit von Kreis und Kommunen nicht übereilt aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Zu Punkt 6 der TO:

(Bericht und Beschlussfassungen zu Empfehlungen aus den Ausschüssen)

Zu Punkt 6.1 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise zur Erstellung der Jahresabschlüsse

Vorlage: 940/139/2016)

In Vertretung des Finanzausschussvorsitzenden erläutert die Amtsleiterin für Finanzen und Organisation Frau Claudia Pastewka die Planung der Verwaltung zur weiteren Vorgehensweise bei der Erstellung der Jahresabschlüsse. Die vorgeschlagene Maßnahme ergänzt insoweit die Beschlussfassung im Amtsausschuss am 29.06.2015. Die Vorlage der Verwaltung ist den Amtsausschussmitgliedern mit der Einladung im Wortlaut zugegangen.

Zuvor hat sich der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 02.03.2016 ausführlich mit der Vorlage beschäftigt. Im Ergebnis hat der Finanzausschuss einstimmig empfohlen, den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form zu unterstützen.

»Begründung:

Ursprungsplanung

Derzeit wird die Erstellung der Jahresabschlüsse der Jahre 2012 bis 2014 für das Amt, die Stadt Bredstedt und die Gemeinde Langenhorn gemäß Beschluss des Amtsausschusses vom 29.06.2015 mit Unterstützung durch eine Beratungsfirma durchgeführt.

Die Jahresabschlüsse 2012 der drei „Projekthaushalte“ werden bis März 2016 fertiggestellt sein. Die Erstellung der Jahresabschlüsse 2013 und 2014 für die drei „Projekthaushalte“ folgt im Anschluss. Hierzu werden dann die Kämmerer, die Kasse und die Anlagenbuchhaltung entsprechende Zuarbeit leisten.

Parallel dazu sollen die noch fehlenden Jahresabschlüsse 2012 aller Gemeinden ohne externe Begleitung fertiggestellt werden. Hierbei ist geplant, die Haushalte der Fehlbetragsgemeinden vorrangig zu bearbeiten. Ziel ist es, in diesem Jahr die Jahresabschlüsse 2012 vollständig zu bearbeiten.

Veränderte Rahmenbedingungen

Aufgrund ihrer in Kürze beginnenden Mutterschutz- und Erziehungszeit wird die zuständige Kämmerin nicht mehr dazu kommen, die Jahresabschlüsse 2012 für die sieben von ihr betreuten Gemeinden sowie den von ihr betreuten Zweckverband fertigzustellen. Zwar ist zwischenzeitlich bereits ein internes Interessenbekundungsverfahren eingeleitet worden. Zu welchem konkreten Zeitpunkt die Nachbesetzung erfolgen kann, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nicht abschließend sagen.

Der/ Die potentielle Nachfolger(in) wird aller Voraussicht nach keine hinreichenden Vorerfahrungen in der Doppik aufweisen. Erfahrungen in der Erstellung von doppischer Jahresabschlüsse werden definitiv nicht vorhanden sein.

Die angestrebte Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2012 für die o.g. sieben Gemeinden sowie für den Zweckverband ist damit für das laufende Jahr 2016 nicht sichergestellt.

Alternative Lösungsansätze

- a) Aufgrund der oben dargestellten veränderten Ausgangslage hat die Amtsverwaltung ein Ergänzungsangebot bei der derzeit ohnehin mit der Erstellung der 'Musterjahresabschlüsse' beschäftigten Beraterfirma »Petersen + Co« eingeholt. Das Angebot umfasst die Erstellung der sieben fehlenden Gemeinde-Jahresabschlüsse und des fehlenden Zweckverbands-Jahresabschlusses 2012 und beläuft sich auf insg. 52.836,- EUR.

In der Umsetzung der drei „Projekthaushalte“ wurde erneut deutlich, dass die Bearbeitungsfolge in der Anlagenbuchhaltung, in der Kasse und abschließend in der Kämmerei zwingend eingehalten werden muss.

Aufgrund der überdurchschnittlich hohen Anzahl von Betrieben gewerblicher Art stellte sich heraus, dass der Aufwand in der Kasse höher ist, als ursprünglich eingeschätzt. Die notwendigen Aufstellungen von Forderungen und Verbindlichkeiten und der Abschluss der Umsatzsteuerkonten erfolgt in der Kasse durch eine Person neben dem laufenden Tagesgeschäft.

Hierdurch entsteht ein Engpass in der Bearbeitung, so dass die Kämmerer/in nicht zügig weiterarbeiten können. Daher sieht das Angebot als optionale Zusatzleistung auch die Unterstützung der Kasse vor. Diese Unterstützungsleistung würde zusätzliche Kosten in Höhe von 5.236,- EUR nach sich ziehen.

Eine vergleichbare Unterstützung der Arbeitsbereiche, in denen die anfallenden Tätigkeiten lediglich durch eine(n) Sachbearbeiter(in) durchgeführt werden können, im weiteren Verfahrensablauf dann aber drei Sachbearbeiter(innen) auf diese Vorarbeiten angewiesen sind, hat sich bereits im Bereich der Anlagenbuchführung bewährt.

- b) Alternativ könnten die kleineren Gemeinden, die zudem nicht zur Gruppe der Fehlbetragszuweisungsempfänger zählen und die nicht überdurchschnittlich viele Anlagen im Bau vorweisen, sowie auch der Zweckverband von der externen Unterstützungsleistung ausgenommen und mit entsprechender zeitlicher Verzögerung durch die Kolleg(inn)en der Amtsverwaltung bearbeitet werden.

Die Kosten für diese Vorgehensweise würden 38.258,50 EUR betragen.

- c) Eine dritte Alternative besteht darin, lediglich die Jahresabschlüsse der Fehlbetragsgemeinden begleitend erstellen zu lassen.
In diesem Fall ist davon auszugehen, dass nicht alle Jahresabschlüsse 2012 im laufenden Haushaltsjahr fertiggestellt werden können.
Für diese Angebotsvariante belaufen sich die Kosten dann auf 25.049,50 EUR.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Umsetzung des anliegenden Angebotes in der Variante a) wünschenswert und zielführend.

Aufgrund der oben dargestellten Personalsituation bietet allein diese Lösungsvariante die hinreichende Sicherheit, dass *alle* noch ausstehenden Jahresabschlüsse 2012 im laufenden Jahr 2016 fertig gestellt sind.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt die Erweiterung der in 2015 beauftragten Unterstützungsleistungen um die Erstellung von acht Jahresabschlüssen 2012 sowie um die Hilfestellung für die Kasse gemäß vorliegendem Angebot. Dafür entstehen Gesamtkosten in Höhe von 58.072,- EUR.«

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form einstimmig zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 6.2 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über die Beteiligung an der Breitbandnetzgesellschaft (BNG)
Vorlage: 940/137/2016)

Die Amtsleiterin Frau Claudia Pastewka erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Beteiligung des Amtes Mittleres Nordfriesland an der Breitbandnetzgesellschaft [BNG]. Die Vorlage der Verwaltung ist den Amtsausschussmitgliedern mit der Einladung im Wortlaut zugegangen.

Zuvor hat sich der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 02.03.2016 ausführlich mit der Vorlage beschäftigt. Im Ergebnis hat der Finanzausschuss einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

»Begründung:

Das Internet hat unsere Gesellschaft in relativ kurzer Zeit nachhaltig verändert. Neue Internet-Anwendungen fordern die immer schnellere und umfangreichere Übertragung von Daten. Wer schon von der Infrastruktur her hierzu nicht in der Lage ist, ist schnell ausgegrenzt. Die Breitbandtechniken -vor allem Glasfaser- ermöglichen die schnelle und zuverlässige Weiterleitung umfangreicher Daten. Städte haben bei der Versorgung mit dieser Technologie oftmals eine bessere Ausgangsposition als der ländliche Raum. Die Menschen im ländlichen Raum wie auch die dort ansässigen Betriebe sollten jedoch die gleichen Chancen haben, an den Entwicklungen der Wis-

sens- und Informationsgesellschaft teilzuhaben. Dafür muss der Bedarf artikuliert und eine bessere Breitbandversorgung bereitgestellt werden.

Zwischenzeitlich ist es der Breitbandnetzgesellschaft (BNG) zu einem großen Teil gelungen, dieses Vorhaben in den Ämtern Mittleres Nordfriesland und Südtondern umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund haben das Amt sowie die einzelnen Gemeinden mit Gründung der Breitbandnetzgesellschaft unterschiedlich hohe Anteile an der Breitbandnetzgesellschaft erworben und zusammen mit den anderen Gesellschaftern den Grundstein für eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes gelegt.

Mit Fortschreiten des Projektes und der damit erforderlich gewordenen Erhöhung der Gesellschafteranteile hatten sich die Ämter mit der Breitbandnetzgesellschaft darauf verständigt, sich mit jeweils 100,00 € je Einwohner/in an der BNG zu beteiligen.

Bei einer Einwohnerzahl von ca. 20.000 für das Amt Mittleres Nordfriesland bedeutet dies eine Gesamtbeteiligung von 2.000.000,00 €, mithin 200 Anteile. Zwischenzeitlich sind von diesen 200 Anteilen bereits 142 Anteile (1.420.000,00 €) gezeichnet worden.

Die jeweilige Erhöhung der Gesellschafteranteile geschieht abhängig von der kommunalen Gesamtbeteiligung, die zu keinem Zeitpunkt die Höhe von maximal 25% des Eigenkapitals übersteigen darf.

Aufgrund der Aufgabenübertragung zum 01.01.2015 wird dieser Beschluss klarstellend nachgeholt.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt eine Beteiligung an der Breitbandnetzgesellschaft in Höhe von 100,00 € je Einwohner/in (EW). Bei einer angenommenen Einwohnerzahl von 20.000 EW, entspricht dies einer Beteiligungssumme von 2.000.000,00 €.«

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form einstimmig zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 6.3 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über die Kooperation mit dem Amt Südtondern für einen flächendeckenden Breitbandausbau
Vorlage: 940/138/2016)

Frau Claudia Pastewka erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung zur zukünftigen Zusammenarbeit der Ämter Mittleres Nordfriesland und Südtondern beim flächendeckenden Breitbandausbau sowie zur Teilung der die Bundes- und die Landes-

förderung übersteigenden Beratungskosten. Die Vorlage der Verwaltung ist den Amtsausschussmitgliedern mit der Einladung im Wortlaut zugegangen. Zuvor hat sich der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 02.03.2016 ausführlich mit der Vorlage beschäftigt. Im Ergebnis hat der Finanzausschuss einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form zuzustimmen.

»Begründung:

Zwischenzeitlich ist das Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau gestartet. Das Bundesförderprogramm richtet sich an Städte, Gemeinden und Landkreise oder andere kommunale Gebietskörperschaften sowie kommunale Zweckverbände. Mit dem Förderbetrag kann die Wirtschaftlichkeitslücke von Investitionen geschlossen werden, die sich bei den Telekommunikationsunternehmen ergeben, wenn diese Breitbandnetze in unterversorgten Gebieten errichten (Wirtschaftlichkeitslückenmodell).

Zugleich werden die Kommunen durch die Bundesförderung in die Lage versetzt, passive Infrastrukturen, wie z. B. Glasfaserstrecken, zu errichten, die sie den Netzbetreibern verpachten (Betreibermodell).

Der Fördersatz des Bundes beträgt im Regelfall 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Es gilt eine Bagatellgrenze von 100.000 Euro. Anträge mit einer Förder-summe von unter 100.000 Euro sind unzulässig. Der Höchstbetrag an Bundesförder-ung pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro.

Auch für die Förderung von Beratungsleistungen können Anträge über dieses Pro-gramm gestellt werden. Die Förderhöhe bei den Beratungskosten beträgt 100%, bzw. maximal 50.000,00 €.

Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Ausschreibung der Ämter Mittleres Nord-friesland und Südtondern, wurde eine Interessenskooperation zur flächendeckenden Breitbandversorgung in den Gemeindegebieten der Ämter Mittleres Nordfriesland und Südtondern begründet.

Die gemeinsame Ausschreibung zielt auf die Akquise von Fördermitteln für das Infra-strukturprojekt sowie für die Beraterleistung, ob ein Wirtschaftlichkeitslückenmodell oder ein Betreibermodell zur Umsetzung der Maßnahme zum Einsatz kommen soll.

Der Wortlaut der Interessenskooperation liegt dieser Beschlussvorlage bei.

Zum Sachstand (17.02.2016):

Im Dezember 2015 wurde ein Förderantrag für die Bezuschussung der Beraterleis-tung eingereicht. Zwischenzeitlich wurde hierfür der vorzeitige Maßnahmenbeginn bewilligt, sowie eine Einladung nach Berlin, am 22.02.2016, für die Übergabe des Förderbescheides ausgesprochen.

Mit Antragsstellung wurde zeitgleich eine entsprechende Ausschreibung auf den Weg gebracht, die am 12.02.2016 mit Öffnung der eingegangenen Angebote endete. Das Ergebnis zeigt, dass die maximale Fördersumme von 50.000,00 €, bereits durch

die technische und wirtschaftliche Beratungsleistung, mit rd. 46.000,00 €, ausgeschöpft werden wird.

Aus diesem Grund ist vorgesehen, für den Teil der rechtlichen Beratungsleistung (rd. 33.000,00 € zzgl. einer evtl. „Zweckverbandsprüfung“), ein alternatives Förderprogramm des Landes in Anspruch zu nehmen. Der Fördersatz beträgt hier 75%, so dass für jedes Amt ein Eigenanteil von ca. 4.000,00 € bis 5.000,00 € verbleiben würde.

Die Auftragsvergabe für die wirtschaftliche, technische und rechtliche Beratungsleistung soll Ende Februar bzw. im März 2016 erfolgen.

Abhängig vom Ergebnis der Beratungsbüros, ob ein Wirtschaftlichkeitslückenmodell oder ein Betreibermodell zur Umsetzung der Maßnahme zum Einsatz kommen soll, wird dann ein entsprechender Förderantrag auf Bezuschussung des Infrastrukturprojektes gestellt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss befürwortet und beschließt eine entsprechende Interessenskooperation zum flächendeckenden Breitbandausbau mit dem Amt Südtondern.

Sollten die Kosten für die im ersten Schritt beauftragten Beraterleistungen, die maximale Fördersumme überschreiten, beschließt der Amtsausschuss, sich an den Mehrkosten zu 50% zu beteiligen. Die andere Hälfte der Mehrkosten trägt das Amt Südtondern.«

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und stimmt dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der vorliegenden Form einstimmig zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

| |
|-----------------------------|
| Zu Punkt 6.4 der TO: |
|-----------------------------|

| |
|--|
| (Anschaffung von Stehleuchten für das Sozialzentrum) |
|--|

Frau Pastewka erläutert die Überlegungen der Amtsverwaltung zur Anschaffung von sechs Stehleuchten für das Sozialzentrum Mittleres Nordfriesland.

»Begründung:

Die entsprechend auszustattenden Büros sind derzeit an den Kreis Nordfriesland [Jugendhilfe] vermietet. Im Rahmen einer Begehung wurde festgestellt, dass die Beleuchtungsstärke nicht den Vorgaben der Arbeitsstättenverordnung entspricht. Herr Christoph Brockmann [Amt für Bauwesen] hat diese Feststellung bestätigt. Allein der Austausch der Leuchtröhren in den vorhandenen Deckenleuchten schafft keine hinreichende Abhilfe.

Zwecks Vermeidung aufwendiger Umbaumaßnahmen wurden drei Angebote über flexibel einsetzbare Standleuchten angefordert. Das Licht dieser Leuchten erfüllt alle Anforderungen hinsichtlich der geforderten Helligkeit. Zudem kann sehr flexibel auf räumliche Veränderungen reagiert werden.

Das wirtschaftlichste Angebot hat die Firma Elektro Jensen zu einem Preis von 3.348,66 € für sechs Leuchten abgegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Amtsausschuss Mittleres Nordfriesland die Anschaffung der sechs Leuchten zu einem Preis von insgesamt € 3.348,66, vorbehaltlich dessen, dass das Amt Mittleres Nordfriesland diese Kosten lt. Mietvertrag tragen muss und die Zuständigkeit für die Anschaffung nicht beim Kreis Nordfriesland liegt. «

Die vom Finanzausschuss geforderte Überprüfung durch die zuständige Kollegin Frau Susanne Friedrichsen hat zwischenzeitlich bestätigt, dass das Amt Mittleres Nordfriesland als Vermieter die notwendigen Unterhaltungsarbeiten zu übernehmen hat und somit auch für die Anschaffung der Leuchten zuständig ist.

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt der Empfehlung des Finanzausschusses und stimmt einstimmig der Anschaffung von sechs Stehleuchten für das Sozialzentrum gem. Angebot der Fa. Elektro Jensen zum Preis von insgesamt € 3.348,66 zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 6.5 der TO:

(Beschlussfassung über den Antrag der Amtswehrführung auf finanzielle Unterstützung
Vorlage: 940/141/2016)

Der Vorsitzende des Feuer- und Katastrophenschutzsausschusses Herr Bürgermeister Ernst-Peter Carstensen verweist auf die Möglichkeit der Gemeinden, ihre ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen über einen Fond der Feuerwehrunfallkasse Nord zusätzlich abzusichern.

In der anschließenden Diskussion wird durch den Mitarbeiter der Finanzabteilung Herrn Lars Schwerdtfeger klar gestellt, dass sich der genannte Fond erheblich von dem in der Bürgermeisterrunde vorgestellten Angebot der GVV Kommunalversicherung für einen zusätzlichen Unfallversicherungsschutz für die Feuerwehrangehörigen unterscheidet. Zur Vereinfachung der Entscheidungsfindung in den einzelnen Gemeinden wird er den Mitgliedern des Amtsausschusses zeitnah umfangliches Infomaterial über beide 'Alternativangebote' zur Verfügung stellen.

Finanzielle Unterstützung zum Ausbau einer Abschnittsführungsstelle

Ernst-Peter Carstensen erläutert einen Antrag der Amtswehrführung auf finanzielle Unterstützung zum Ausbau einer Abschnittsführungsstelle für das Amt Mittleres Nordfriesland.

Der Feuer- und Katastrophenschutzsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 19.04.2016 ausführlich mit dem Antrag der Amtswehrführung beschäftigt. Im Ergebnis hat der Feuer- und Katastrophenschutzsausschuss einstimmig empfohlen, dem Antrag auf finanzielle Unterstützung zu entsprechen.

»Begründung:

Die Amtswehrführung hat schriftlich einen Antrag auf finanzielle Unterstützung zum Ausbau einer Abschnittsführungsstelle für das AMNF sowie für weitere Beschaffungen gestellt (siehe Antrag, Eingang des Antrags am 13.04.2016).

Die Kosten belaufen sich auf höchstens **2.390 € (abzgl. Feuerschutzsteuer)** und setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|----------------------------|--|
| 2 Handfunkgeräte: | ca. 660 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 feste Digitalfunkstation | ca. 1.150 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 digitaler Meldeempfänger | ca. 320 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 Tierrettungshebesatz | ca. 260 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |

Der Feuer- und Katastrophenschutzsausschuss hat in seiner letzten Sitzung am 19.04.2016 über den Antrag beraten und empfiehlt dem Amtsausschuss, den Antrag zu gewähren.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt den Antrag der Amtswehrführung zu gewähren. Folgende Geräte sollen angeschafft werden:

| | |
|----------------------------|--|
| 2 Handfunkgeräte: | ca. 660 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 feste Digitalfunkstation | ca. 1.150 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 digitaler Meldeempfänger | ca. 320 € (abzgl. Feuerschutzsteuer) |
| 1 Tierrettungshebesatz | ca. 260 € (abzgl. Feuerschutzsteuer)« |

Nach lebhafter Diskussion ergeht der unten stehende Beschluss. Allgemein wird scharf kritisiert, dass schon bei Einrichtung der »Kooperativen Leitstelle« in Harrislee im Jahre 2009 massive Zweifel bestanden, ob eine solche zentrale, weit ab vom nordfriesischen Geschehen liegende Einrichtung den besonderen Anforderungen einer Krisensituation wie zuletzt beim Orkan Christian gerecht werden kann. Jetzt bestätigen sich diese Zweifel und die finanziellen Folgen für die teilweise 'Rückabwicklung' des seinerzeitigen Zentralisierungsprozesses werden den Ämtern bzw. Gemeinden aufgebürdet.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt bei einer Gegenstimme, der Amtswehrführung die beantragte finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt € 2.390,- [abzgl. Feuerschutzsteuer] zu gewähren.

Parallel möge die Amtsverwaltung prüfen, ob der im Antrag aufgeführte »Tierrettungshebesatz« [€ 260,- (abzgl. Feuerschutzsteuer)] mglw. »aus einer anderen Quelle refinanziert werden kann«.

Ja 26 Nein 1 Enthaltung 0

Zu Punkt 7 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über eine Förderung des Infoblatts »Dit un Dat ut de Region«
Vorlage: 940/142/2016)

Der LVB Herr Dr. Meyer erläutert den unten stehenden Beschlussvorschlag, der den Mitgliedern des Amtsausschusses als Tischvorlage im Wortlaut vorliegt:

»Begründung:

Seit September 2014 erscheint regelmäßig das Infoblatt »Wir im Mittleren Nordfriesland. Dit un Dat ut de Region« und wird seither in einer Auflage von rd. 10.000 Stück kostenfrei an die Haushalte in der Region Mittleres Nordfriesland verteilt.

Im Laufe der vergangenen zwei Jahre hat sich das Blatt fest etabliert und wird mittlerweile von vielen Bürger(inne)n, aber auch von Vereinen als wichtige Informationsquelle für alle in der Region stattfindenden Aktivitäten und Veranstaltungen gesehen. In der Bürgermeisterrunde am 08.02.2016 hat nun der Herausgeber des Blattes Herr Gert Nissen dargelegt, dass es ihm entgegen seiner ursprünglich gegebenen Einschätzung bisher nicht gelungen ist, »Dit un Dat« kostendeckend zu erstellen. Ausgehend von seinen Erfahrungswerten aus dem Amt Viöl war er vor dem Start des Blattes von deutlich höheren Einnahmen aus möglichen Anzeigenverkäufen ausgegangen. Bis dato seien die Gewerbebetriebe jedoch sehr zurückhaltend, wenn es darum ginge, eine Anzeige in »Dit un Dat« zu schalten.

Vor diesem Hintergrund stellte Herr Nissen die Anfrage, inwieweit eine befristete finanzielle Förderung des Infoblattes durch das Amt denkbar sei. Die mögliche Förderung wolle er gezielt dafür nutzen, die Anzeigenakquise mit professioneller Unterstützung voranzutreiben, um eine deutliche Verbesserung der Einnahmeseite zu erreichen.

Beschlussvorschlag:

Das Amt gewährt Herrn Gert Nissen, bzw. der Fa. Grafik Nissen, einen Zuschuss in Höhe von € 1.000,- je Ausgabe.

Die Bezuschussung ist befristet bis zum Ende des Jahres 2016. Ausgehend vom sechswöchigen Erscheinungszyklus umfasst die Förderung demzufolge maximal sechs Ausgaben.

Herr Nissen verpflichtet sich, im Amtsausschuss am 31.10.2016 ausführlich darüber zu berichten, welche Maßnahmen er zur Verbesserung der Einnahmeseite eingeleitet hat und ob auf Basis der erhöhten Einnahmen der dauerhafte Bestand des Infoblattes »Wir im Mittleres Nordfriesland. Dit und Dat ut de Region« gewährleistet ist. Eine Förderung des Infoblattes durch das Amt über den 31.12.2016 hinaus wird ausgeschlossen.«

Beschluss:

Nach lebhafter Diskussion beschließt der Amtsausschuss bei drei Gegenstimmen, die Erstellung des Infoblatts »Wir im Mittleren Nordfriesland. Dit un Dat ut de Region« in Höhe von € 1.000,- je Ausgabe zu bezuschussen.

Die Bezuschussung ist befristet bis zum Ende des Jahres 2016. Ausgehend vom sechswöchigen Erscheinungszyklus umfasst die Förderung demzufolge maximal sechs Ausgaben.

Im Gegenzug verpflichtet sich der Herausgeber des Infoblattes Herr Nissen, im Amtsausschuss am 31.10.2016 ausführlich darüber zu berichten, welche Maßnahmen er zur Verbesserung der Einnahmeseite eingeleitet hat und ob auf Basis der erhöhten Einnahmen der dauerhafte Bestand des Infoblattes »Wir im Mittleres Nordfriesland. Dit und Dat ut de Region« gewährleistet ist.

Der Satz: »Eine Förderung des Infoblattes durch das Amt über den 31.12.2016 hinaus wird ausgeschlossen.« wird wie folgt abgeändert: »Auf Grundlage der von Herrn Gert Nissen im Amtsausschuss am 31.10.2016 vorgelegten Informationen wird in der letzten Amtsausschusssitzung des Jahres am 05.12.2016 über eine mögliche Weiterführung der Förderung beraten und entschieden.«

Ja 24 Nein 3 Enthaltung 0

| |
|--|
| Zu Punkt 8 der TO: (Mitteilungen/Anfragen) |
|--|

Dem Amtsausschuss liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen beendet den öffentlichen Teil der Amtsausschusssitzung um 21:36h.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 23:10h bedankt er sich bei den Mitgliedern des Amtsausschusses, den Vertretern der Amtsverwaltung und den Gästen für die rege Beteiligung.

Im Anschluss schließt Herr Paulsen die Sitzung des Amtsausschusses um 23:13h.

| Der Amtsvorsteher | Protokollführer |
|-------------------|-----------------|
| | |